

Nr.: 216/2022

■ **Dezernat** II - Recht, Ordnung & Gesundheit 28.06.2022
■ **Fachbereich**
■ **Verfasser/-in** Wülbeck, Cornelia
■ **Telefon** 07621 410-2000

Beratungsfolge	Status	Datum
Verwaltungsausschuss	öffentlich	13.07.2022

Tagesordnungspunkt

1. Haushaltszwischenbericht THH2 Recht, Ordnung und Gesundheit

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt 2 Recht, Ordnung & Gesundheit

Inhalt der Mitteilung

■ Sachverhalt

Eine genaue Prognose des Haushaltsvollzugs ist noch mit diversen Unsicherheiten behaftet, dies ist zum einem erneut der Covid-19 Pandemie geschuldet, aber auch der Krieg in der Ukraine hat bereits zu ungeplanten Aufwendungen geführt. Wie sich dies im weiteren Verlauf 2022 entwickeln wird ist nur schwer absehbar. Entsprechend der Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag und der Landrätin des Landkreises Lörrach für das Haushaltsjahr 2022 soll nun aber über den aktuellen Stand der Finanzlage und die finanzielle Entwicklung sowie über den aktuellen Stand der Zielerreichung des Teilhaushaltes 2 – Recht, Ordnung & Gesundheit – zum Stichtag 31.05.2022 berichtet werden.

Ergebnishaushalt	IST	PLAN	Prognose IST	Abweichung
	2021 - in EUR -	2022 - in EUR -	2022 - in EUR -	PLAN/ Prognose 2022 - in EUR -
Erträge	5.228.460	3.785.800	8.475.800	4.690.000
Aufwendungen	-15.427.877	-11.969.049	-15.669.049	-3.700.000
Ordentliches Ergebnis (Überschuss/Zuschussbedarf)	-10.199.417	-8.183.249	-7.193.249	990.000

Finanzseite:

Insgesamt weichen die Beträge in der Prognose im Bereich der Erträge und Aufwendungen überwiegend aufgrund der haushalterisch nicht beplanten Impfinfrastruktur ab. Zum derzeitigen Stand ist mit einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses des Teilhaushalts II im Vergleich zum Planwert zu rechnen. Dies ist maßgeblich auf Kostenerstattungen durch das Land für Pandemiebedingte Aufwendungen (Erstattungen Impfen 2021 Quartal II/III 2.200.000 € bereits erfolgt, Erstattungen Quartal IV voraussichtlich ca. 490.000 €), auch noch aus dem Jahre 2021, zurückzuführen. Möglicherweise stehen am Ende des Jahres, abhängig von der Fortführung der Impfkampagne wieder Kosten (Kosten Impfen und Pandemie ca. 4.000.000 €) aus, welche wiederum erst durch eine Erstattung im Jahr 2023 (kalkuliert wird mit ersten Erstattungen im Jahr 2022 von ca. 2.000.000 €, der Rest erfolgt wiederum im Folgejahr) zurückgeführt werden. Unklar ist zudem, wie sich im weiteren Jahresverlauf die allgemeinen zusätzlichen Aufwendungen für Covid-19 tatsächlich entwickeln werden.

Zudem zeichnet sich im Bereich des Veterinärwesens auf das Jahr betrachtet ein Zuwachs im Bereich der Gebühren und Bußgeldeinnahmen ab. Anders als in den Vorjahren sieht es derzeit danach aus, als würden im Fachbereich Baurecht die für das Jahr 2022 nochmal noch oben angepassten Gebührenerträge nicht ganz erreicht werden können. Grund hierfür ist, dass trotz gleichbleibenden Antragszahlen aktuell geringere Gebühreneinnahmen fließen. Dies ist zum einem darauf zurückzuführen, dass vermehrt kleinere Bauvorhaben beantragt werden und zum anderen auf die gesetzliche Änderung der LBO, wonach Bauverfahren nun überwiegend im vereinfachten Bauverfahren geführt werden müssen, welche kostengünstiger sind. Die Abweichungen werden jedoch prognostisch in den Bereichen 20.000 - 40.000 € liegen und werden sich voraussichtlich ausgleichen.

Allgemein führen Personalvakanz in vielen Fachbereichen zu geringeren Personalaufwendungen (ca. 300.000 €), welche zu dem positiven Prognoseergebnis beitragen und dadurch Mehraufwendungen durch zusätzlichen Personaleinsatz für die Ukraine bislang problemlos ausgleichen konnten.

Unklar ist zudem, ob alle Investitionen im Bereich Brand-und Katastrophenschutz im Jahr 2022 umgesetzt werden können, da Hersteller bereits jetzt Lieferschwierigkeiten ankündigen.

Leistungsseite:

Der Fachbereich Gesundheit ist weiterhin durch die Covid-19 Pandemie belastet und noch nicht in der Lage, wieder alle Aufgaben wie vor der Pandemie vollumfänglich wahrzunehmen. Hier ist durch die noch im Jahr 2022 geplante Besetzung der noch offenen Stelle aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst perspektivisch mit einer Verbesserung zu rechnen.

Im Vergleich zu den Vorjahren wirkt sich die Pandemie bislang nicht mehr maßgeblich auf die Leistungsfähigkeit der anderen Fachbereiche aus, welche wieder größtenteils im Regelbetrieb arbeiten.

Der Ukraine-Krieg führt jedoch im Fachbereich Ordnung im Sachgebiet Ausländerwesen zu einer erheblichen Mehrbelastung, was durch zusätzlichen Personaleinsatz und stärkere Priorisierung ausgeglichen werden muss.

Insgesamt führen in diversen Fachbereichen Personalengpässe durch nicht zu besetzende Stellen zu längeren Bearbeitungszeiten und möglicherweise langfristig auch zu weniger Gebühreneinnahmen.

Marion Dammann
Landrätin

Cornelia Wülbeck
Dez. Recht, Ordnung & Gesundheit